Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4611

Kleine Anfrage

der Fraktion der FDP

betr. **Situation der älteren Menschen**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür, daß bisher keine Maßnahmen zur Verbesserung der Alterssicherung und gegen die zunehmende Vereinsamung der älteren Menschen ergriffen wurden?

2. Warum hat die Bundesregierung keine Schritte unternommen, um die Ansprüche aus einer betrieblichen Altersversorgung auch bei Arbeitsplatzwechsel zu sichern und um Arbeitsplätze zu schaffen, die besonders für ältere Menschen geeignet sind?

3. Warum hat die Bundesregierung die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nicht so ausgebaut, daß deren Erkenntnisse besonders auch den älteren Menschen zugute kommen?

4. Weshalb hat die Bundesregierung die weitere berufliche Tätigkeit älterer Menschen – auch in Form von Teilzeitarbeit – nicht arbeits- und versicherungsrechtlich sowie steuerlich begünstigt?

5. Wieweit sind die von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage der FDP angekündigten Forschungsarbeiten über die Möglichkeit der Einführung elastischer Altersgrenzen für Altersrenten und Pensionen fortgeschritten?

6. Ist die Bundesregierung mit der FDP der Meinung, daß im Zuge der kommenden Steuerreform zugunsten der älteren Menschen die Freibeträge sowohl bei der Einkommen- und Lohnsteuer als auch bei der Vermögensteuer neu geregelt werden müssen und daß Selbständigen, die ihren Handwerks- oder Einzelhandelsbetrieb aus Altersgründen aufgeben, eine Veräußerung ihres Geschäftsbetriebes zu solchen steuerlichen Bedingungen ermöglicht werden muß, daß der Erlös eine ausreichende Altersversorgung erlaubt?

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der FDP, daß die Einkünfte von Altersrentnern aus unselbständiger Tätigkeit von der Abgabepflicht zur Rentenversicherung (Arbeitgeberanteil) wieder zu befreien sind und daß Altersrentnern, die sich dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung stellen, auf eventuelle Arbeitslosenbezüge die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr angerechnet werden dürfen?

8. Stimmt die Bundesregierung mit der FDP darin überein, daß der soziale Wohnungsbau in Zukunft stärker als bisher die Aufgabe haben muß, ältere Menschen mit Wohnungen zu versorgen, die nach Lage und Ausstattung auf deren Bedürfnisse abgestellt sind, daß außerdem in Demonstrativbauvorhaben des Bundes Auflagen aufzunehmen sind, die den Bau von Altenwohnungen vorschreiben und daß ferner bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln für den Eigenheimbau darauf geachtet werden muß, daß eine ausreichende Anzahl von Einliegerwohnungen für ältere Menschen gebaut wird?

9. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der FDP, daß bei der Schaffung sog. zentraler Orte in ländlichen Gebieten der Bau von Wohnungen für „Altenteiler", die ihren Hof verlassen wollen, besonders gefördert werden muß?

10. Weshalb hat die Bundesregierung die Anregung der FDP nicht aufgegriffen, älteren Menschen einen verbilligten Telefonanschluß zuzugestehen?

11. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß für ältere Menschen in den verkehrsarmen Zeiten preisliche Anreize zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gegeben werden sollen und daß die Bundesbahn häufiger die verbilligte Hin- und Rückfahrt älterer Menschen zu Urlaubs- und Kuraufenthalten ermöglichen sollte?

12. Stimmt die Bundesregierung mit der FDP darin überein, daß bei Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs entsprechende Förderungsmittel für die Altenerholung eingesetzt werden müssen?

Bonn, den 14. August 1969

Dorn und Fraktion